

# Thuner Städteinitiative: «Konstruktives» Ringen hinter den Kulissen

**THUN** Im Dezember 2014 nahm das Parlament die Städteinitiative an. Seither blieb es mehrheitlich still um das Vorhaben – hinter den Kulissen läuft aber die Arbeit an einem Reglementsentwurf. Noch im Herbst soll dieser den Initianten sowie Parteien und Leisten zur Konsultation vorgelegt werden. Die Initianten sprechen von «konstruktiven Treffen» mit dem Gemeinderat.

Alfred Hitchcock, Meister des Nervenkitzels, hätte seine helle Freude gehabt, wäre er im Dezember 2014 im Thuner Stadtrat zugegen gewesen: Das Traktandum Städteinitiative geriet zum Krimi, am Ende entschied eine einzige Stimme Unterschied zugunsten des Vorhabens zur Förderung des öffentlichen und des Langsamverkehrs (vgl. Kasten). Seither ist klar: Der Gemeinderat muss ein Reglement ausarbeiten und dem Stadtrat zur Genehmigung vorlegen. Anfang Mai vermeldete die Regierung, sie habe die Federführung für die Vorbereitung einer gemeinderätlichen Delegation mit **Stadtpräsident Raphael Lanz** (SVP) und der für die Stadtentwicklung zuständigen Marianne Dumermuth (SP) übertragen. Die beiden leiten eine interdisziplinäre Projektgruppe. Angekündigt war zudem ein Treffen mit den Initianten. Danach blieb es gegen aussen in Sachen Städteinitiative still – hinter den Kulissen lief die Arbeit aber weiter.

## Interessierte einbeziehen

**Stadtpräsident Lanz** führt auf Anfrage aus: «Wir haben mit einer Vertretung der Initianten über die konkrete Umsetzung der Initiative in einem Reglement gesprochen.» Die gemeinderätliche Delegation arbeite derzeit an einem Reglementsentwurf. Dieser soll laut **Lanz** noch im Herbst «interessierten Gruppen zur Konsultation vorgelegt werden». Eingeladen würden neben den Initiantinnen und Initianten etwa politische Parteien, Leiste sowie Mitglieder der städtischen Spezialkommission Verkehr. Liegen die Ergebnisse der Konsultationen vor, «wird der Gemeinderat über das weitere Vorgehen entscheiden», erklärt **Raphael Lanz**. Die Herausforderung sei, die Ziele der Initiative in ein Reglement zu fassen, das rechtlich keine Fragen offenlasse. «Zudem muss es von der Flughöhe her passend sein – darf also zum Beispiel keine Massnahmen vorsehen, die in einem dem Reglement untergeordneten Plan gehören.»

## «Konstruktives» Treffen

Andrea de Meuron, Stadträtin der Grünen und Co-Präsidentin des Vereins Städteinitiative Thun, empfand das erste Treffen

«Das erste Treffen mit der gemeinderätlichen Delegation war sehr konstruktiv.»

Mitinitiantin Andrea de Meuron



Wie soll die Zukunft von Langsam- und öffentlichem Verkehr in Thun aussehen? Die Städteinitiative fordert unter anderem mehr Platz für Busse, Fussgänger und Velofahrende.

Markus Hubacher

mit der gemeinderätlichen Delegation als «sehr konstruktiv». Und: «Wir konnten auf die aus unserer Sicht wichtigen und auch verhandelbaren Punkte des Reglements hinweisen.» Zu einem ersten Reglementsentwurf habe sich das Komitee dann Ende August äussern können. Inhaltliche Details nennt de Meuron nicht, sie betont aber: «Wir zeigten ein grosses Entgegenkommen und sind an einer mehrheitsfähigen Lösung interessiert, die dem Initiativanliegen Rechnung trägt.» Inwieweit nun den Anliegen und Ergänzungsvorschlägen der Initianten Rechnung getragen werde, müsse sich zeigen. Das Komitee müsse sich nach wie vor stark dafür einsetzen, «dass das Reglement eine machbare und wirkungsvolle Lösung mit sich bringe», findet de Meuron.

## «Im Interesse der Stadt»

Für die Stadträtin ist klar: «Es ist im Interesse der Stadt, zukunftsgerichtete Lösungen für unsere Mobilität zu finden, damit Staus und damit zusammenhängende Kosten reduziert werden können.» Sie sei zuversichtlich, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit

«Die Herausforderung ist, die Ziele der Initiative in ein Reglement zu fassen, das rechtlich keine Fragen offenlässt.»

Stadtpräsident Raphael Lanz

des Anliegens erkannt habe – «bisher war die Zusammenarbeit gut.» Zur Erinnerung: Noch vor der Abstimmung über die Städteinitiative im Stadtrat waren die Initianten über das Vorgehen des Gemeinderats enttäuscht gewesen. «Uns war ein Gegenvorschlag in Aussicht gestellt worden, und wir zeigten Bereitschaft, auf die von den Gegnern kritisierten Punkte einzugehen, damit eine gute Lösung möglich geworden wäre», blickt de Meuron zurück. Erst zwei Wochen vor der Parlamentssitzung sei dann bekannt geworden, dass es doch keinen Gegenvorschlag gebe.

## Ende 2016 wieder im Stadtrat?

Eine Zeitlimite, innerhalb welcher Frist das Reglement dem Stadtrat vorgelegt werden muss, enthielt der Initiativtext nicht. Vorstellungen haben die Initianten trotzdem: «Die Erarbeitung des Reglements sollte innerhalb eines Jahres nach Annahme der Initiative möglich sein», findet Andrea de Meuron. Der Gemeinderat müsse das Rad nicht komplett neu erfinden – es gebe gute Beispiele von Reglementen, etwa aus den Städten Biel und Luzern.

In Biel seien Initiative und Reglement innerhalb von zwei Jahren dem Parlament vorgelegt worden. «Bei diesem Zeitplan könnte der Thuner Stadtrat im Dezember 2016 über das Reglement be-

finden.» Laut de Meuron wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat diesen Zeitplan schaffen würde – «doch eine gute Lösung steht für uns im Vordergrund.»

Michael Gurtner

## DARUM GEHT ES

### Ausbau von Bus- und Fusswegnetzen

Die im Dezember 2014 vom Parlament mit 20 zu 19 Stimmen angenommene Städteinitiative verlangt den Erlass eines Reglements, das die Bevölkerung «vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs schützen» soll. Folgende Massnahmen nennen die Initianten explizit:

- ein attraktives und sicheres Fusswegnetz;
- einen Ausbau des Busnetzes sowie die Bevorzugung von Bussen an neuralgischen Stellen;
- durchgängige und direkte Velorouten;
- die Förderung der kombinierten Mobilität und des Mobilitätsmanagements.

Der **Neu- und Ausbau von Hauptverkehrsstrassen** in Thun ist nur zulässig, wenn sich die Ka-

pazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht. Der Anteil von ÖV, Fuss- und Veloverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen muss zudem innert 10 Jahren um mindestens 10 Prozent erhöht werden.

Das Reglement wird dereinst vom Stadtrat verabschiedet und untersteht dem **fakultativen Referendum**. Der Gemeinderat muss gemäss Initiativtext eine «breit abgestützte Arbeitsgruppe» einsetzen und über die umgesetzten Massnahmen jeweils Bericht erstatten.

Die Städteinitiative Thun wird unter anderem unterstützt von WWF, Pro Velo, VCS sowie den Parteien SP, Juso, Grüne, Junge Grüne, GLP, EVP und EDU. *mik*

## Saisonbedingt sind im Kanton Bern mehr Personen erwerbslos

**ARBEITSMARKT** Saisonbedingt stieg im Kanton Bern per Ende September die Erwerbslosigkeit – ohne die Anzahl von Ausgesteuerten – gegenüber dem Vormonat von 2,5 auf 2,6 Prozent.

Wie die Volkswirtschaftsdirektion gestern mitgeteilt hat, ist die Erwerbslosigkeit auf dem bernischen Arbeitsmarkt per Ende September gegenüber dem Vormonat saisonal angestiegen. Die Zahl der Erwerbslosen im Kanton Bern – wie immer fehlen die Angaben über die Zahl der Ausgesteuerten – stieg um 349 auf 13 932 Personen, davon sind 8852

Schweizerinnen und 5080 Ausländer. Die Arbeitslosenquote beträgt somit 2,6 Prozent (Oktober: 2,5 Prozent). Diejenige in der gesamten Schweiz liegt unverändert bei 3,2 Prozent.

«Die Zunahme erklärt sich in erster Linie durch witterbedingte Beschäftigungsschwankungen im Gast- und Baugewerbe», ist in der Mitteilung zu lesen. So ver-

zeichnete das Gastgewerbe eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 168 Personen. Diese Entwicklung betrifft grösstenteils das Berner Oberland.

Die Spannweite der Quote in den zehn Verwaltungskreisen des Kantons geht von 1,3 (Interlaken-Oberhasli) bis 4,5 Prozent (Biel). Im Verwaltungskreis **Thun** sind 1189 Personen erwerbslos (2 Prozent), im Kreis **Obersimmental-Saane** 141 (1,5), im Kreis **Interlaken-Oberhasli** 339 (1,3) und im Kreis **Frutigen-Nie-**

**dersimmental** sind es 305 Personen (1,4 Prozent).

### 3200 Ausgesteuerte

Bei den 15- bis 24-Jährigen entspannte sich die Situation nach dem starken Anstieg in den beiden Vormonaten. Bei den 20- bis 24-Jährigen ist hingegen mit einem leichten Anstieg zu rechnen. «Pro Monat werden in der Schweiz rund 400 Jugendliche ausgesteuert», ergänzt die Schweizerische Depeschagentur in einer Meldung. Ausgesteu-

erte verlieren ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Etwa über 13 Prozent aller Ausgesteuerten seien derzeit Jugendliche, wird Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), zitiert. Zwischen Januar und Juli wurden in der Schweiz pro Monat durchschnittlich rund 3200 Personen ausgesteuert.

### 42 Gesuche zur Kurzarbeit

Des Weiteren gingen im Kanton Bern 42 Gesuche zur Kurzarbeit

ein, vorwiegend aus der Industrie. Sie betrafen gemäss Mitteilung 451 Beschäftigte (August: 58 Gesuche, 1058 Beschäftigte). Im Kanton Bern suchen per Ende September insgesamt 18 782 gemeldete Personen eine Stelle; in der gesamten Schweiz sind es 196 042 Suchende. Das Seco rechnet für 2016 mit einem Anstieg der Erwerbslosenquote. Prognostiziert werden 3,6 Prozent. *Fransiska Streun*

[www.be.ch/wirtschaftsdaten](http://www.be.ch/wirtschaftsdaten)